

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

262 (7.11.1896) I. Blatt

Ausgabe
Wöchentlich zwei Mal.
Monatpreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch die Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2
Mark 80 Pf., durch die Post
ohne Postgebühr 2 Mark
50 Pf. Vorauszahlung.

Badische Landeszeitung.

Redaktion und Expedition: Hirschstraße 2.

Telephonanschluß Nr. 401.

Anzeigengebühr:
Die 10spaltige Kolonnette
über deren Raum 20 Pf.,
im Restamentheile 60 Pf.
Bemerkungen:
Unbenutzt gebliebene Einze-
lungen werden nicht aufbe-
wahrt und können nachträg-
liche Honorar-Ansprüche keine
Berücksichtigung finden.

Nr. 262. I. Blatt.

Karlsruhe, Samstag, den 7. November

1896

Der getreue Eckart und seine Widersacher.

Es ist höchst bemerkenswert, daß die Ablehnung der Erneuerung des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages von Deutschland ausging. Rußland war anfangs über die Entlassung Bismarcks betroffen, den es für eine sichere Stütze des Friedens ansah, beschwichtigte aber seine Bedenken und erbot sich zur Erneuerung des Vertrages, denn es war völlig isoliert, und auch die mächtigste Regierung hat, wie die „Gamb. Nachr.“ ausführten, das Bedürfnis, in internationalen Fragen sich an eine andere Macht anzulehnen und womöglich sich den Rücken zu decken. Graf Caprivi sagte jedoch ab, da, so wird als Begründung angegeben, diese Politik nach zwei Seiten hin zu verwickelt sei. Mit bitterer Ironie hat das „Damburger Kaugummi“ zu veröffentlichen gegeben, daß es Bismarck nicht einfallen, den Grafen Caprivi für jene That verantwortlich zu machen. Der Graf war vom Kaiser auf den Reichstagskongress „kommandiert“ worden, und er hatte als Soldat gehorcht, obwohl er von Politik nichts verstand. Er war in der That nur Bismarcks Klerik, und es ging damals das Wort, daß Kaiser Wilhelm II. sein eigener Kanzler sein wolle.

Holl hoher Pläne hatte Wilhelm II. den Thron seiner Väter bestiegen. Den Glanz, den sein Großvater der Monarchie verliehen hatte, gedachte er dadurch noch zu überbieten, daß er mehr, als dieser gethan hatte, persönlich in die Leitung des Reiches und Preussens eingriff. Die treu monarchisch gesinnten Kreise sahen mit Spannung, aber auch nicht ohne Besorgnis der Entwicklung der Dinge zu. Denn noch niemals hat das Ansehen eines Herrschers dadurch gelitten, daß er die Exekutive einem verantwortlichen Staatsmann überließ. Alles Gute, was dieser vollbringt, hat der Monarch gethan, alles was mißglückt, hat der Staatsmann allein zu verantworten. Gewagt ist es, wenn der Herrscher seine eigene Person der Kritik im Falle eines Mißlingens aussetzt. Die Persönlichkeit des Kaisers Wilhelm I. ist ein Beleg hierfür. Er besaß keine nach außen blühenden Gaben, und bis zum Kriege von 1866 war die öffentliche Meinung nicht sehr von ihm eingenommen. Das Urteil änderte sich und er starb hochverehrt wie keiner! Denn ihm waren Gaben verliehen, die bei einem Regenten alle andern aufwiegen. Er besaß Menschenkenntnis. Er wußte die richtigen Männer zu finden, die er dann auch mit jener Seelengröße, die nur an das allgemeine Wohl und nicht an sich selbst denkt, innerhalb ihrer Verantwortlichkeit gewähren ließ, ja, sie mit königlicher Hoherherzigkeit gegen böswillige Angriffe schützte.

Mit Bismarck, der alle europäischen Staatsmänner persönlich kannte, der alle politischen Strömungen, oben und unterirdisch, genau verfolgt hatte, ging dem deutschen Volke ein unerfährlicher Schlag von Erfahrung und Geschicklichkeit verloren. Bei aller seiner vielseitigen Veranlagung konnte Kaiser Wilhelm II. schon wegen der mangelnden Jahre diesen Schlag nicht ertragen, und die von ihm berufenen Männer, die nur die Werkzeuge seines Willens sein sollten, konnten es auch nicht. Für unsere jetzigen Mehrheitsparteien, welche so gerne Worte für Thaten nehmen, ist nichts bezeichnender, als daß sie den Grafen Caprivi wegen seiner „konstanten“ Sprache rühmten, ja, ihn anlässlich des Ausbruches: er nehme das Gute, wo er es finde, fast in den Himmel rufen, natürlich auf Kosten seines Vorgängers, der bei der Ausführung seiner genialen Pläne nicht immer mit Samthandschuhen zugriff, zugreifen durfte!

Unser Kaiser hat in wiederholten Neben unbedingtes Vertrauen für den „neuen Kurs“ verlangt, und das deutsche Volk hat ihm dies in reichem Maße entgegengebracht. Aber der neue Kurs mußte inmitten der europäischen Schwierigkeiten öfter seine Richtung wechseln, sodaß die Wählerblätter ihn als einen „Zickzack-Kurs“ bezeichneten. Solche Unberechenbarkeiten verletzen das monarchische Gefühl. Sie trafen die Krone nicht, wenn diese sich an sachkundige, erfahrene und nicht bloß dem Namen nach verantwortliche Ratgeber gehalten hätte. Es gewährt keine genügende Entschädigung, daß jetzt die Presse der Staaten, welche den Vorteil von unserer Zwangslage haben, einmüthig den ritterlichen, geraden Sinn des Kaisers preist, weil er die „Zwickmühle“ des russischen Vertrages verschmäht habe. Noch weniger können diese wohlwollen Lobeserhebungen dem deutschen Volke die Schließung der „Zwickmühle“ ersetzen.

Durch die Aufgabe des russischen Neutralitätsvertrages verlor Deutschland seine Rückendeckung im Falle eines erneuten französischen Angriffs, und, anstatt die politische Lage zu beherrschen, war es gezwungen, sich völlig in die Arme des Dreibundes zu werfen. Was war die Folge? Das deutsche Heer mußte nochmals verneuert werden, damit es nach beiden Seiten hin Front machen könne. Schon die unter Bismarck erfolgten Heeresvermehrungen von 1887 und 1888 hatten diese Möglichkeit im Auge, weil man nicht wußte, ob der russische Vertrag im Jahre 1890 verlängert werden würde; ein großes Reich muß auf alle Möglichkeiten gerüstet sein. Aber die Bismarck'schen Heeresvermehrungen begünstigten sich mit einer mäßigen Vermehrung der Friedenspräsenz und suchten das Heil mehr in einer festen Organisation der Landwehr und des Landsturms. Jetzt wurde es anders.

Die Militärvorlage von 1893 verlangte eine sehr bedeutende Erhöhung der Präsenz, wurde jedoch vom Reichstag nur mit Abstrichen und nur gegen Entschädigung der zweijährigen Dienstzeit bei der Infanterie bewilligt. Die Regierung gab sich damals den Anschein, als sei ihre eigentliche Absicht die, den Wünschen des Reichstages mit der zweijährigen Dienstzeit entgegenzukommen, und als bilde die Erhöhung der Präsenz eine notwendige Ausgleichung hierfür. Jetzt sieht wohl jeder ein, daß die Sache sich umgekehrt verhält: die Abkürzung der Dienstzeit, zu der man sich in militärischen Kreisen sehr ungern entschloß, wurde vorgeschlagen, um die Hauptsache annehmbar zu machen. Wenn wir die ganze Gefährlichkeit der militärischen Situation im Kriegsfalle betrachten, so fühlen wir uns versucht, die damaligen Abstriche zu bedauern, denn Deutschland kann gar nicht stark genug sein, und wir dürfen eigentlich nicht ruh'n, solange noch ein tauglicher Wehrpflichtiger vorhanden ist, der wegen Ueberzähligkeit nicht zur Einweisung im Heere gelangt. Daß es so ist, verdankt das Volk den Bismarck'schen Gegnern, die konsequenterweise am meisten gegen den „Militarismus“ geeifert haben!

Die neue Politik führte auch dazu, daß wir auf unsere Kosten die übrigen Dreibundmitglieder „wirtschaftlich stärken“ mußten, indem wir Handelsverträge mit ihnen abschlossen, die für sie vorteilhafter waren, als für uns; wir nennen als Beispiel nur Wein und Getreide! Eine solche „Aneignung“ wäre Bismarck nie eingefallen: er hatte nur für das eigene, für das deutsche Volk zu sorgen! Die Handelsverträge mit Oesterreich und Italien zogen mit Notwendigkeit den russischen Handelsvertrag nach sich, durch den man suchte, in St. Petersburg wieder gut Wetter zu machen; dafür bezahlte man aus dem Geldbeutel

unserer Landwirte, die schon schwer genug unter der Ungunst der sinkenden Preisbewegung zu leiden hatten!

Und während so im Innern der Kampf aller gegen alle entfesselt wurde, die nationalgefinnte Mehrheit des Reichstages in die Brüche ging, das Centrum mit seinen reichsfeindlichen Bestrebungen oben auf kam, nebst den Demokraten und Sozialdemokraten als Bundesgenossen, verschlechterte sich die äußere Gesamtlage zu unsern Ungunsten. Rußland suchte eine Anlehnung an Frankreich, mit Ueberwindung alles dessen, was sich notwendig zwischen die absolute Barocke und die republikanische Jakobiner mische drängen mußte. Es kam die Verbrüderung von Kronstadt und Toulon, jetzt sogar der Jarenbesuch in Paris. Ob ein geschriebenes Bündnis zwischen den beiden Mächten besteht oder nicht, ist gleichgültig; der französische Chauvinismus, die Eier nach Nevanche, ist entfesselt, und bei der Unerblichkeit der Franzosen kann dies nicht erst genug angehen werden. Die Gefahr eines unbefohlenen französischen Angriffs auf uns ist gewachsen, desgleichen die Wahrscheinlichkeit, daß Rußland, trotzdem es eigentlich den Krieg nicht will, doch die Franzosen nicht stehen lassen werde, wenn sie in eine Klemme geraten. Geschwunden ist unsere sichere Rückendeckung, denn was der Dreibund für den Kriegsfall wert ist, zeigt sich jeden Tag deutlicher.

Unsere Politik hätte die Aufgabe, den „abgerissenen Draht“ mit Rußland wieder anzuknüpfen. Das ist eine sehr schwierige Sache, jetzt, nachdem der Zar sich mit den Franzosen so tief eingelassen hat und die Polenfreundlichkeit unserer herrschenden Parteien ein großes Hindernis bildet. Gelingt die Annäherung nicht, so muß das deutsche Volk sich zu einem Kampf auf Leben und Tod vorbereiten, bei dem es sich auf keine anderen Bundesgenossen, als auf seinen Mut und seine Tapferkeit vollkommener sicher verlassen kann. So teuer zahlen wir eine Lage, bei welcher „Katholisch-Trumpf“ ist! An diese Gefahren hat der getreue Eckart mit seinen Enthüllungen mahnen wollen, und er that es just zur rechten Zeit. Daß er dabei von persönlichen Beweggründen geleitet gewesen sei, ist eine so kleinliche Verdächtigung, daß es sich nicht verlohnt, darauf einzugehen. Hätte er nur seine Sache begreift, so hätte er nicht 6 Jahre lang gewartet. Jetzt erst wird man die Mahnworte, die der Alte im Sachsenwald in diesen Jahren unablässig ertönen ließ, richtig verstehen und würdigen.

Sollte man es denken, daß der Mann, der eine solche glanzvolle Politik machte, der das Deutsche Reich erschuf und den Traum der Vaterlandsfreunde verwirklichte, der durch 20 lange Jahre hindurch mit seiner festen Hand alle Kriegsgelüste unserer überwollenden Nachbarn bändigte, der den Frieden mit doppelten und dreifachen Klammern sicherte, mit den Vorwürfen und Schmähungen seiner eigenen Landsleute überschüttet wird? Er, der dem deutschen Volke eine Machtstellung gab, gegen welche die größten Kaiser unserer Vergangenheit verblüht? „Doppelzüngigkeit“, „Untreue“ soll er gemein sein! Unbefangene ausländische Blätter müssen ihn in Schutz nehmen, indem sie ihre unverhohlene Bemerkung für den Mann ausdrücken, der in der Sorge für das Wohl seines eigenen Volkes so unerschrocken war! Selbst die österreichischen und italienischen Staatsmänner sehen ein, daß er durch die Sicherung des Friedens, welche der russische Neutralitätsvertrag gewährte, auch ihren Ländern einen Dienst erwies, und höchstens die russische Kriegspartei hat Ursache zur Verstimmung, deren Spitze sich jedoch gegen Bismarck, nicht gegen die jetzige Regierung lehrt: als Patriot nimmt Bismarck auch dies auf sich. Aber vom eigenen Volke hätte er die höchste Liebe und Verehrung verdient.

Freilich verliert der Vorwurf der Doppelzüngigkeit und Untreue sein Gewicht, wenn wir die Parteien ansehen, welche ihn erheben. Sie sind die alten Gegner des Reichsgedankens, mit denen Bismarck, solange er am Ruder war, beständig zu kämpfen hatte. Da sind vor allem die Klerikalen, die sich deutsch nennen und unter diesem Namen polnische, welfische und französisch-romische Politik machen! Sie sind natürlich am ersten berufen, über „Doppelzüngigkeit“ und „Untreue“ ein sachgemäßes Urteil abzugeben. Ist doch die Doppelzüngigkeit und Untreue der römischen Kirche, der das Centrum dient, längst in aller Welt sprichwörtlich! Haben wir doch erst vor kurzem ein klassisches Beispiel angeführt, welches die literale Presse mit Stillschweigen überging: war das deutsche Volk durch die römische Politik in den Kulturkampf hineingeküchelt wurde. Papst Pius IX., Kardinal Antonelli erwarteten im Gespräch mit dem deutschen Gesandten Grafen Tauffkirchen die aggressive Politik des Centrums, weiterten sich aber, dies offenkundig werden zu lassen, und Antonelli ermunterte das Centrum brieflich, nur stramm fortzumachen! Die stülische Entrüstung des Centrums über „Doppelzüngigkeit“ und „Untreue“ leidet am Asthma, sie vermag kein Wort zu finden, wenn begründeter Anlaß dazu vorhanden wäre!

Oder die Demokraten und Freisinnigen? Sie stehen bekanntermaßen in der Abhängigkeit der internationalen Börsenkrisis, die jede Freiheitsliebe verneuert, weil ihnen die Reichlichkeit angeboren ist. Von hier das nationale Interesse vorangestellt zu sein, wäre in der That zuviel verlangt! Oder unsere speziell badische Freisinnigen, die ein durchaus ehrliches Bündnis auf gegenseitige Unterstützung mit dem Centrum haben, und daneben verüben: sobald die nationalliberale Mehrheit geippen sei, würden sie mit ihren machtvollen Händen den bisherigen Verbündeten den Garau machen? Versuchenere Richter über Doppelzüngigkeit und Untreue kann es schwerlich geben.

Etwa die Sozialdemokraten, die auf die Revolution hinarbeiten und dabei aus Ueberfluß an Mut für zweckmäßig finden, ihre letzte Absicht zu verleugnen? Die die Arbeiter an der Nase herumzuführen, indem sie ihnen den baldigen Anbruch des Schlaraffenlandes versprechen, welches sie selbst für einen Unfinn halten? Die für Aufhebung des Privateigentums, auch am Grundbesitz schwärmen, und dennoch mit dem Versprechen der Befreiung des kleindarlichen Eigentums und der Aufhebung der Schulden auf den Bauernfang gehen? Sie müssen allerdings auch wissen, was Doppelzüngigkeit und Untreue ist!

Fürwahr: man braucht sich nur die Leute anzusehen, die jetzt ihr Gift gegen das deutsche Volk getreuen Eckart verspritzen, dem sie nicht verzeihen können, daß er größer ist, als sie, und dann weiß man genug. Man möchte sich schämen, ein Deutscher zu sein; aber bei dem Gefühl der Beschämung sollte es nicht bleiben. Das Volk sollte sich endlich aufrufen und Ordnung in seinem Hause machen, damit es sich wieder mit vollem Rechte dem Geißel des Stolzes hingeben kann, zu welchem der Deutsche nach seinen edeln Anlagen und nach seiner ruhmvollen Geschichte berechtigt ist.

Deutsches Reich.

Karlsruhe, 6. Nov. Nicht eindringlich genug können sich deutschgesinnte Zeitungsleser die eigentlichen Äußerungen klerikaler Blätter über die Vaterlandsliebe einprägen. Die „Germania“ findet es schmerzlich für die Katholiken, wenn gesagt wird, Kardinal Hohenlohe habe im Dienste der Kirche nicht verstanden, daß er ein Deutscher war; das führende Centrumsblatt verlangt also von den im Dienste der Kirche stehenden Deutschen, daß sie ihr Vaterland vergessen sollen. Nur in Deutschland wird eine solche Anforderung an den Klerus gestellt, in Frankreich ist der Klerus national, und zwar nicht bloß aus eigenem Antrieb, sondern im Einklang mit dem päpstlichen Befehl. Die Differenzialbehandlung, welche der päpstliche Stuhl Deutschland und Frankreich angedeihen läßt, ist höchst auffallend. In Frankreich, wo die Kirche wirklich mißhandelt wird, bleibt es bei diesen Klagen, aber trotz derselben muß der Klerus z. B. staatsfreundlich sein und die Republik unterstützen. Der Papst ging so weit, die Thronpräsidenten, Anhänger einer seit Generationen dem heiligen Stuhl tief ergebenen Familie, fallen zu lassen, um die Republik zu begünstigen. Wo hat man je davon gehört, daß der Papst gegen die weltlichen Thronpräsidenten in Deutschland Partei genommen oder die Polen und die nach Paris schickenden unter den Elfässern zur Ruhe vermiesen hätte? Welchen Vorteil hat Deutschland davon, daß es die Politik der römischen Kirche in jeder Weise begünstigt? Daß es über alle Angriffe und Aufstrebereien des Klerus, über alle deutschfeindlichen Kundgebungen aus den Reihen desselben hinwegsieht? Keinen. Der „Kath. Volksbote“ hat es ungeniert ausgesprochen, daß der Freiburger Erzbischof und natürlich jedes andere Bischofsanwärter genau so anzusehen ist, wie ein feindlicher General. Also nun sind auch die Gutmütigsten belehrt. Nun überlege man sich wohl, wohin weitere Zugeständnisse an die ecclesia militans mit Notwendigkeit führen müssen: zur Verstärkung der Reihen der Staatsgegner, aber beileibe nicht zur „Zufriedenheit“ der Ultramontanen, denn in diesen Kreisen ist die Tugend der Zufriedenheit ebenso verpönt, wie bei den Sozialdemokraten. Namentlich mache man sich klar, was unter solchen Umständen die Errichtung von Klöstern bedeuten würde: die Anlegung feindlicher Festungen — wir bedienen uns der Worte und Gedanken klerikaler Blätter — auf deutschem Grund und Boden, einen erneuten Ausbruch des heftigsten Kulturkampfes, wobei der Gegner in einer weit stärkeren Stellung wäre, als der Staat. Wem jetzt noch nicht die Augen aufgehen, dem ist nicht zu helfen.

Karlsruhe, 6. Nov. Die „Weimarsche Zeitung“ sagt über Bismarck in einem Artikel, dem man wie manchem andern offiziellen Ursprung zuschreibt und den die Oppositionspresse mit Hochgenuss nachdrückt: „Er, der so viel für Deutschlands Größe gethan hat, muß nun an der eigenen Größe freveln! Wäre es nicht eigene Wahl, man könnte es als ein tragisches Geschick sonder Beispiel bezeichnen! Es exagriert uns wie ein Nationalunglück, daß solche Größe sich selber so entweicht und der Nachwelt ein Abbild überliefert, in dem wir von ganzem Herzen diese Züge hätten vermischen mögen!“ Ähnliches hat man vor 4 Jahren auch gelesen. Derartige, über jedes Maß und Ziel hinauschießende Urteile gewinnen indessen durch ihre Wiederholung keineswegs an Wirklichkeit.

Berlin, 5. Nov. Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung den Entwurf des Gesetzes über die Feststellung des Reichshaushaltsetats für 1897/98, den Entwurf des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsetats für die Schutzgebiete für das Etatsjahr 1897/98 und den Entwurf des Gesetzes wegen Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Etat des Reichsnormalbudgets wurde nach dem Berichte der zuständigen Ausschüsse genehmigt, ebenso der Etat der Marineverwaltung und die Etats für a. Einnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern z., b. Einnahmen an Stempelabgaben, c. Post- und Telegraphenverwaltung, d. Verwaltung der Eisenbahnen. Dem Berichte der zuständigen Ausschüsse über den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über die Postdampfschiffverbindungen mit überseeischen Ländern wurde nach dem Ausschussberichte die Zustimmung erteilt.

Berlin, 5. Nov. Der „Nordd. Allgem. Ztg.“ werden die neuerdings in verschiedenen Blättern auftauchenden Details über die beabsichtigte Erhöhung der preuß. Beamtengehälter als unzuverlässig bezeichnet, da endgiltige Entscheidungen noch ausstehen.

Berlin, 5. Nov. Sozialdemokratische Organe veröffentlichten jetzt zahlreiche Aufrufe, welche auf einen engeren Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Organisationen hinzielen. Einer der letzten ist eine Aufforderung, die sämtliche Bauarbeiter und deren Berufsgenossen in Deutschland zu einem Parteitag auf den Februar 1897 nach Berlin einberufen, um hier durch Ausbau der Organisation die bestehende „Zersplittertheit“ zu beseitigen und für einen eventuellen gemeinschaftlichen Kampf zur Besserung ihrer Lage die „Voraussetzungen“ zu schaffen. Es entspricht dieses Vorgehen den Erklärungen, welche die Generalkommission den Gewerkschaften dem letzten Bericht über die Streibewegung des verfloffenen Jahres beigelegt hat. In diesem Berichte, der zugleich zahlenmäßig nachweist, wie sehr die von den Gewerkschaften unternommenen „Angriffstreiks“ zugenommen haben, war für das laufende Jahr ausgeführt, daß der Bericht über die Ausstände einen noch weit größeren Zuwachs ergeben werde. Da die Ursachen dieser Streiks, die günstigen Konjunkturen in Handel und Gewerbe, wie auch die Ausweitung des auswärtigen Handels ergeben, noch immer im Steigen begriffen sind, ist auch die sozialdemokratische Agitation lebhaft dabei, die Gewerkschaftsbewegung auf die Ausnützung dieser Situation zu verweisen, wie es auch in den letzten Parteiverbänden mit zunehmender Schärfe geschieht. Es ist daher höchstwahrscheinlich, daß das deutsche Gewerbe sich in dem kommenden Frühjahr auf Ausstände in größerem Stil einrichten müssen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 5. Nov. Der Erzherzogin Maria Dorothea wurde zu ihrer Vermählung mit dem Herzog Louis Philipp von Orleans von 25 Damen der französischen Aristokratie eine prachtvolle Krone überreicht, reich mit Brillanten geschmückt und nach oben in eine Lilie auslaufend. Französische Blätter mußten nun zu berichten, daß die Erzherzogin bei Entgegennahme dieses Geschenks eine hochpolitische Rede gehalten und gesagt habe, sie flehe zu Gott, daß er die Krone Frankreichs auf's Haupt ihres Bräutigams herabsenken möge, sie werde ihm stets treu zur Seite stehen. Auch Wiener Blätter nahmen, auf die Autorität

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 6. Nov.

— Hofbericht. S. R. H. der Großherzog hat eine gute Nacht verbracht. Die Kräfte sind in stichtlicher Zunahme begriffen. Der Gesamtzustand ist befriedigend. — Der Erbprinz und die Erbprinzessin sind vorgestern früh von Schloss Baden nach Ludwigsburg gereist, wo sie den Geburtstag der Erbprinzessin begehen.

— Prinz Wilhelm hat sich heute früh 5 Uhr 26 Min. nach Schloss Stauffenberg begeben.

— Fürst Egon von Fürstenberg hatte sich im vergangenen Sommer, wie erinnerlich, einer längeren Badekur unterzogen, deren Nachwirkungen in einer sehr erfreulichen Kräftigung seines Gesundheitszustandes zu Tage getreten sind. Das Befinden des Fürsten ist gegenwärtig lt. „Bad. Tagbl.“ so zufriedenstellend, daß derselbe kürzlich an einer Postjad teilzunehmen konnte. Zur Befestigung seines Gesundheitszustandes wird der Fürst, wie wir schon berichtet haben, einen Teil des herannahenden Winters an der Riviera zubringen.

— Ueber die politische Stimmung in Karlsruhe wird der „Heidelb. Ztg.“ geschrieben: „Die Hege gegen den Fürsten Bismarck wird hier in national gesinnten Kreisen aufs allerhöchste verurteilt. Diese Stimmung dürfte in der heutigen Verammlung der nationalliberalen Partei zum Ausdruck kommen. Am nächsten Dienstag wird der bekannte Geschichtsprofessor Dr. Arthur Böhlting im Rathssaal einen öffentlichen Vortrag halten über das höchst aktuelle Thema „Bismarck und der europäische Friede“, bei dem es ohne Bismarckfreundliche Kundgebung kaum abgehen dürfte.“ Die Stimmung der Bevölkerung ist hier vollständig zutreffend geschildert. Im Kolosseum gab es gestern Abend eine stürmische Kundgebung, als der zur Zeit dort auftretende, übrigens vorzügliche Musiker als „alter Bekannter“ aus dem Schenkenwalde auftrat. Unsere Officiofen, mit ihnen diesmal leider auch die „Kris.“ Ztg., haben sich mit ihrer Beteiligung an der Bismarckhege, die sie füglich andern Elementen hätten überlassen dürfen, wieder einmal mit dem Volksbewußtsein in vollen Widerspruch gesetzt. Ihr deplacierter Lieberer und ihr „schneidiger“ Ton hat übrigens dieses Volksbewußtsein nur geschärft.

— Nationalliberale Partei. Wir machen die Mitglieder und Freunde unserer Partei auf die heute Abend im Schenkenwalde Saal III stattfindende Versammlung aufmerksam, in welcher über den Delegiertentag in Berlin Bericht erlatet wird.

— Im Kunstgewerbemuseum. Für einige Tage 2 reich geschmückte gotische Ferkeln (Postamente), Teile einer in Distelhorst's Möbelfabrik verfertigten und für London bestimmten Einrichtung aufgestellt.

— Postalisches. Die Vielseitigkeit des heutigen Post- und Telegraphenverkehrs erfordert mehr denn je eine genaue Kenntnis der Vorschriften und Tarife, wenn diejenigen, welche die mannigfaltigen Einrichtungen der Post- und Telegraphenanstalten benutzen, sich vor unnötigen Portoausgaben und sonstigen Nachteilen schützen wollen. Eine gute Anleitung in dieser Beziehung bietet das vor einem Jahr in neuer Auflage erschienene Postbuch für das Großherzogtum Baden, welches über die Post- und Telegraphenbedingungen für alle Arten von Postsendungen, sowie für Telegramme, sowohl im Inlande als auch im Auslandsverkehr, in erschöpfender Weise Auskunft giebt. Außerdem enthält das Postbuch ein Verzeichnis der bedeutendsten Landorte des Großherzogtums und der Hohenzollernschen Lande mit Angabe der betr. Bestellungs-Postanstalt.

— Rebschulen. Das Großh. Ministerium des Innern beabsichtigt auch im kommenden Jahre unter folgenden Bedingungen Beihilfen für Anlage von Rebschulen zu gewähren: Zur Anlage einer Rebschule, für welche eine Staatsbeihilfe in Anspruch genommen wird, sind Grundstücke von mindestens 9 a Fläche zu verwenden, welche von der landwirtschaftlich-chemischen Versuchsanstalt nach Lage und Bodenart als vorzüglich für diesen Zweck geeignet erachtet werden. — Bei Anlage und Behandlung der Rebschule ist den Anordnungen der landwirtschaftlich-chemischen Versuchsanstalt nachzukommen. — Den Besitzern dieser Rebschulen können folgende Beihilfen zu teil werden: Abgabe der nötigen Blindhölzer zur Hälfte des Kostenpreises; falls der Rebschulbesitzer die Blindhölzer selbst beschafft, eine Vergütung von 2 M. für je tausend Stück der eingelegten Blindhölzer; unentgeltliche Abgabe des für die Anlage erstmalig erforderlichen künstlichen Düngers nach Bestimmung der landwirtschaftlich-chemischen Versuchsanstalt. — Bewerbungen um Beihilfe zur Anlage von Rebschulen unter vorstehenden Bedingungen sind unter Anschlag von Bodenproben, deren eine von der Oberfläche des für die Rebschulen bestimmten Grundstücks zu nehmen ist, während die zweite dem Untergrund entnommen sein muß, an die landwirtschaftlich-chemische Versuchsanstalt in Karlsruhe mit näherer Angabe über Größe und Lage des Grundstücks einzureichen. (Karlsruh. Ztg.)

— Der Verein ehemaliger Bad. Prinz Karl-Brigaden feiert am nächsten Samstag im Kolosseumsaal sein 5. Stiftungsfest. Das Programm ist sowohl in geselliger als in musikalischer Hinsicht sehr reichhaltig. Ueberdies ist die Aufführung eines lustigen Theaterstücks geplant, so daß den Vereinsmitgliedern ein gemüthlicher Abend bevorsteht.

— Mißglückter Findungsvertrag. Dem am 4. d. M. von der Großh. Extra-Kammer wegen Verwehrens des § 176 R.-St.-G.-B. zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilten Kaufmann Max Weiß aus Wien war es gestern Nachmittag gelungen, aus dem Gefängnis zu entweichen. Nachdem er sich bei einem Landmann umgekleidet hatte, begab er sich in ein Gasthaus in der Adlerstraße, wo er abends 6 Uhr von der Polizei betreten und in Arrest zurückverbracht wurde.

— Brandfall. In Darlanden ist heute früh zwischen 5 und 7/7 Uhr ein Wohnhaus mit Scheune und Stall abgebrannt.

Ämliche Nachrichten.

Der Großherzog hat dem Kaufmann Ernst Seeger in Berlin das Ritterkreuz 2. Klasse des Ordens vom Jahningern Löwen verliehen und für die Jahre 1897, 1898 und 1899 für die Kammer für Handelsfachen beim Landgericht Mannheim: 1. zu Handelsrichtern der ersten Kammer: den Kommerzienrat Viktor Seeger, den Großhändler Samuel Köster, den Kaufmann Hermann Dyerhoff, den Fabrikant Jos. Ballenberg, alle in Mannheim; 2. zu Handelsrichtern der zweiten Kammer: den Kaufmann Sigmund Mohr, den Getreidegroßhändler Louis Firsch, den Banquier Hermann Seeger, den Kommerzienrat Ludwig August Baum, alle in Mannheim; 3. zu Handelsrichter-Stellvertretern für die erste und zweite Kammer: den Kaufmann Fritz Landfried in Heidelberg, den Kaufmann S. Mayer-Dinkel sen. in Mannheim, den Kaufmann August Zimhoff in Mannheim, den Banquier Gustav Labenburg in Mannheim ernannt, ferner den Gerichtsschreiber Friedrich Schütz beim Amtsgericht Bruchsal, den Registrator Ferdinand Wapp beim Amtsgericht Ettlingen, diesen unter Ernennung zum Gerichtsschreiber, sowie die Gerichtsschreiber Martin Fabian beim Amtsgericht Heidelberg und Friedrich Herspiger beim Amtsgericht Weinheim landesberichtlich angestellt.

Nachstehende zwölf Kandidaten, die sich der theologischen Hauptprüfung in diesem Spätjahr unterzogen haben, sind unter die evangelischen Pfarrkandidaten aufgenommen worden: Karl Bauer von Kastatt, August Engert von Kirchbach, Gustav Adolf Godelmann von Grödingen, Gustav Günther von Altlshheim, Emil Gindlenlang von Hornberg, Leopold Hofmann von Mannheim, Karl Kneuder von Weibheim, Wilhelm Mangold von Mengen, Wilhelm Nabel von Kirchbach b. S., Fritz Schäfer von Heidelberg, Wilfried Schmidt von Tetschberg, Ernst Schneider von Emmendingen.

Rechtspflege.

• Karlsruhe, 4. Nov. (Strafammer III.) Leo Ludwig von Ludwigsburg, Monteur in Karlsruhe, verurteilt am 2. März 1898 im

der Spitze des Festzugs spielte die Eberbacher Stadtmusik passende Weisen. Nach kurzen Ansprachen zog man in die helle, freundliche, den besten Eindruck machende Kirche. Die Einweihung nahm der damit beauftragte Dekan der Diözese Mosbach, Herr Pfarrer Reimold von Dbrigheim, vor. Den Groß des evangelischen Oberkirchenrats übermittelte der beliebte Redner Herr Oberkirchenrat Dehler von Karlsruhe. Die Festpredigt hielt der Geistliche des Kirchspiels, Herr Pfarrer Braun von Strümpfelbrunn. Das Festopfer betrug 80 M. Eine gelungene ernst-trohe Nachfeier entwickelte sich in einem beim Aufstieg zur Kirche gelegenen Wirtschaftsraum. Herr Oberkirchenrat Dehler weichte am Abend dem Zusammensein mit der Diözesangeistlichkeit und Eberbacher Festgästen am dortigen Bahnhof noch einige Stunden in seiner bekannten, gewinnenden Weise. Der Tag der Kircheneinweihung in Friedrichsdorf war nach dem allgemeinen Urteil ein schöner und gesegneter.

• Baden-Baden, 5. Nov. Das von den Ständen genehmigte Projekt zur Erbauung eines Inhalatoriums im Rothensachtal zwischen dem früheren herrschaftlichen Bezirkspalast und dem Großh. Landesbad soll, wie das „Bad. Tagbl.“ hört, in Bälde zur Ausführung kommen. — 3 Arbeiter von Lichtenhal, welche am Montag Nachmittag ein unbefohlens junges Mädchen in schamloser Weise auf offener Straße angriffen und mißhandelten, wurden durch die Gensdarmarie verhaftet.

• Schönwald, 3. Nov. Gestern wurde der in den 50er Jahren stehende Tagelöhner Engelbert Fehrenbach in der Nähe seiner Wohnung tot aufgefunden. In dem gefrorenen Schnee kam er zu Falle und konnte nicht wieder aufkommen. Wenn nicht ein Schlaganfall seinem Leben ein Ende machte, so ist er in der kalten Nacht jedenfalls erfroren, da das Thermometer 5 Grad Kälte zeigte.

• Freiburg i. B., 5. Nov. Es liegt nun das Ergebnis der ersten Zimmatrikulation an der hiesigen Universität vor. Danach wurden eingetragen in's Matrifel 214 Studierende, wovon 31 auf die theologische, 62 auf die juristische, 78 auf die medizinische Fakultät entfielen. Borgemerkt sind 56 Namen. Die Zahl der in der I. Zimmatrikulation für das Wintersemester 1895/96 Eingetragenen betrug 192, der damaligen Vormerkungen 65. Demnach ist bis jetzt der Stand günstiger, wie im Vorjahr. Namentlich die medizinische Fakultät hätte bis jetzt einen Fortschritt zu verzeichnen.

• Waldkirch, 3. Nov. Vorgestern Nacht brach in der Langholzstraße des G. Wieder von Oberlotterthal Feuer aus, welches das ganze Werk bis auf den Unterbau gänzlich zerstörte. Der Schaden soll sich auf etwa 1000 M. belaufen. Allen Umständen nach soll Brandstiftung vorliegen, doch konnte bezüglich der Mitherschuld noch nichts Bestimmtes ermittelt werden. — Die „Brsg. Ztg.“ erzählt, daß die Beschwerden betreffs des Zustandes der hiesigen Landstraße (über den in der „Bad. Landesztg.“ Beschwerde geführt worden ist) dadurch gegenstandslos geworden sind, daß die Wasser- und Straßenbaumgesellschaft gestern mit der Instandsetzung der Straße begonnen hat.

• Donaueschingen, 5. Nov. Das gefrige Namensfest des Fürsten zu Fürstenberg wurde am Vorabend durch musikalischen Zapfenstreich eingeleitet, dem ein sehr zahlreich besuchtes Bankett in dem festlich geschmückten Museum folgte, wobei der Museumsvorstand, Herr J. F. Forstmeier Eschborn, einen begeisterten aufgenommenen Vortrag über den hohen Protetor der Vorkommnisse ausbrachte. Am Festtage war die Stadt besetzt und vormittags 9 1/2 Uhr wurde in der katholischen Stadtkirche ein feierlicher Festgottesdienst abgehalten. Abends 7 Uhr hielt der Verein für Geschichte und Naturgeschichte eine Sitzung im Museum ab, der auch eine größere Anzahl Damen bewohnte. Herr Archivar Dr. Tumblit hielt einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über den Grafen Jakob Ludwig zu Fürstenberg (1592—1627). Die stürmliche Dienerschaft feierte das Namensfest Sr. Durchlaucht durch eine gesellige Unterhaltung im Kammsaal.

• Konstanz, 5. Nov. Ueber „Militarismus und Bürgertum“ sprach gestern Abend Herr Landtagsabg. Muser in der „Schweizerhaushalle“, und sehr zahlreich hatten sich die Zuhörer eingefunden, um den „Fall Bräufewitz“ von dem Führer des demokratischen Fährleins im Landtag bearbeitet zu sehen. Herr Muser that dies der „Konst. Ztg.“ zufolge in stellerweise recht akademisch angehauchter Rede; er machte darin sogar mildere Umstände für den Lieutenant v. Bräufewitz geltend, da dieser nur ein Opfer des Systems des „Militarismus“ sei. Dieses System zu charakterisieren als einen Pohn auf Verneinung und Kultur, und das Bürgertum, natürlich außer den Herren Demokraten, wegen seiner angeblichen Selbstunterdrückung und Langmut gegenüber den Auswüchsen des Militarismus auszusprechen, das war der Hauptzweck des Vortrags, und man bekam dabei ein Popouir aus den bekannten Anklagen gegen den „Militarismus“ zu hören. In der Diskussion dehnte Herr Dietrich, ein Sozialist, unter großer Heiterkeit der Versammlung die Vorwürfe des Herrn Muser gegen das nichtdemokratische Bürgertum auch auf die Demokraten in hiesiger Stadt aus, wie andere Leute. Natürlich wollte das Herr Muser nicht gelten lassen, aber der Dieb sah hoch. Zum Schluss wurde eine von Herrn Benedy beantragte Resolution angenommen, worin Maßnahmen gegen das Duell, sowie Reform des Militärstrafverfahrens und Beschränkung desselben auf rein militärische Vergehen gefordert werden; falls die Reichsregierung dieser Forderung der Schweizerbauersammlung nicht in der nächsten Tagung nachkommt, so sollen die Ausgaben für Militär und Marine vom Reichstag verweigert werden. Diese Budgetverweigerung ist bekanntlich ein Stedenpferd des Herrn Benedy, das er auch schon im Landtag nicht ohne eine kleine Wamage geritten hat. Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß der Sozialdemokrat Herr Roth in das demokratische Strafgericht über den Militarismus hereinplante mit dem Antrag, Herr Reichstagsabgeordneter Hug solle über die letzte Tagung des Reichstags Bericht erstatten.

• Aus Baden, 6. Nov. Desträngen. Am 5. Nov. feierten die Bartholomäus Gramlich'schen Eheleute das Fest ihrer goldenen Hochzeit. Vom Großherzog erhielt das Jubelpaar bei diesem Anlaß ein Ehrengeschenk von 3 Kronen. — St. Leon. Ein etwa 60 Jahre alter blinder Mann, namens Sebastian Freis, welcher in der Kreispslegenanstalt Sinsheim untergebracht, aber zum Besuch des Jahresmattes hierher gekommen war, starzte gestern Abend eine Kellertreppe hinunter und ist infolge dessen Mittwoch Mittag, ohne wieder zum Bewußtsein gekommen zu sein, gestorben. — Siplingen. Pflöchtiger Feuerlärm und Sturmäluten schredeten die Einwohner unseres Ortes Dienstag Abend bald nach 10 Uhr aus ihrer Ruhe. In dem Hause des Gastwirthes und Naturschreibers Johann Zimmermann war Feuer ausgebrochen, das größere Ausdehnung annahm. Schaden etwa 12000 M.

• Stuttgart, 5. Nov. In der heutigen Sitzung der Steuerkommission des Abgeordnetenhauses gab es einen Zwischenfall, welcher die Berichterstattung aus den Kommissionsverhandlungen zum Gegenstand hatte. Finanzminister Dr. v. Kiede merkte sich gegen die von ihm als parteiisch gefärbt bezeichneten Berichte eines hiesigen Blattes und erklärte, daß die Regierungskommissäre streifen würden, wenn die Berichterstattung in der Form weitergehe. Die Abgg. Gröber und Dähle bezeichneten es als das Recht der Presse, die Berichte nach dem Standpunkt ihrer Partei zu gestalten, dabei auch auf die Verhältnisse im Reichstage hinweisend. Herr v. D. meinte, wenn nur Beschlüsse mitgeteilt würden, so sei nichts dagegen einzuwenden; weiteres sollte aber unterbleiben. Hiermit erklärte sich auch der Minister einverstanden.

der Pariser Blätter hin, Notiz von dieser Ansprache. Nun wird es aber dem „Wolff'schen Bureau“ zufolge von zuständiger Seite als eine willkürliche Erfindung bezeichnet, daß die Erzherzogin eine solche Ansprache gehalten habe, die Erzherzogin habe überhaupt keine formelle Ansprache gehalten, sondern habe nur im allgemeinen ihre Freude über das Geschenk und ihren Dank dafür ausgedrückt.

• Prag, 4. Nov. Die Prager Stadtvertretung hat eine Zuschrift der Wiener Stadtgemeinde, weil deutsch geschrieben, einfach ad acta gelegt. Die diesbezügliche Eröffnung des Bürgermeisters in heutiger Stadtverordnetenversammlung wurde beifällig aufgenommen. (Prf. Ztg.)

• Budapest, 5. Nov. Die Meldung, daß der durchgefallene Agron sich ganz von der Politik zurückziehen werde, bestätigt sich nicht. Er lehnte zwar die ihm angebotene Kandidatur in Szentes ab, ging aber dahin und hielt eine flammende Rede. Die jetzigen Wahlen beweisen, daß in Ungarn mit Gewalt und Geld alles erreicht werden könne. Mit fremdem Gelde habe man Dörfer und Städte erkaufte. Kossuth habe einst Großes leisten können, weil er ein starkes charakterfestes Volk hinter sich gehabt habe; heute würde auch er ohnmächtig sein. Schließlich erklärte Agron, er werde deshalb nicht ruhen, sondern mit seinen Freunden das Land von einem Ende zum andern durchzuziehen, um Ungarns Volk aufzurichten und auf die großen Gefahren, die ihm drohten, aufmerksam zu machen.

Frankreich.

• Paris, 4. Nov. Die „Libre Parole“ nennt heute den Finanzminister Cochery als denjenigen Minister, der an der Rosenweinfabrikation beteiligt sei und deswegen die Zurückziehung des Turrel'schen Geschenkwurfs wegen Verbotes dieser Fabrikation erwungen habe. Der jetzige Minister Turrel habe diese Verschuldung in Gegenwart mehrerer Parlamentarier ausgesprochen. Die Organe der äußersten Linken fordern nun den Finanzminister auf, Turrel entweder wegen Ehrenbeleidigung zu verklagen oder seine Demission zu geben. — Den Angriff Rocheforts auf die Regierung, daß sie durch zu späte Veröffentlichung des Geschenkwurfs über das Bankprivilegium einen Börsenkoup unterstützt habe, haben verschiedene Blätter sofort aufgenommen, sodaß das Ministerium schließlich durch eine offizielle Erklärung dagegen protestierte. Es heißt in dieser Note, daß niemand außer den Mitgliedern des Kabinetts und der Leitung der Bank von Frankreich von dem Entwurfe Kenntnis gehabt habe, bevor er der Kammer vorlag. Die radikalen Blätter geben sich mit dieser Erklärung aber nicht zufrieden und verlangen eine eingehende Untersuchung. Wahrscheinlich wird die Sache auch vor die Kammer kommen.

• Paris, 5. Nov. (Deputiertenkammer.) Das Haus ist stark besetzt. Jaures begründet eine Interpellation über die am 26. Okt. in Carmaux vorgekommenen Unheftörungen. Redner beabsichtigt die Regierung, sie habe im Einverständnis mit dem Direktor der Glasfabrik, Messguier, in Carmaux die Kundgebung gegen die sozialistischen Deputierten veranlaßt. Sie habe ferner die Versammlung ungesetzlicher Weise aufgelöst und die Menschengruppen, welche sich gebildet hatten, ohne vorherige Aufforderung zum Auseinandergehen durch die Gensdarmarie auseinander treiben lassen. Der Minister des Innern erwiderte, die Regierung habe niemals versucht, sich gegen die Gründung der Glasfabrik der Arbeiter zu widersetzen. Jaures' Wähler seien unzufrieden, daß die Arbeiterglashütte in Albi gegründet worden sei. (Widerspruch auf der äußersten Linken.) In Anbetracht der großen Aufregung der Arbeiter in Carmaux habe die Regierung Vorkehrungen treffen müssen, um etwaige Unheftörungen zu verhindern. Der Minister schließt mit einer Rechtfertigung der Haltung der Polizei. (Festige Zwischenrufe auf der äußersten Linken, Weisfall im Centrum.) Die Sozialisten Millerand und Laberot greifen die Regierung wegen der Gesetzwidrigkeiten in Carmaux an. Goblet behauptet, die Gesetze, auf die sich die Regierung berufen, seien seit langem abgeschafft; der Minister Barthou bestritt das. Schließlich wird eine Tagesordnung Dulan, die die Erklärungen der Regierung billigt, mit 316 gegen 238 Stimmen angenommen.

England.

• London, 5. Nov. Dem höchsten ausmärtigen Amte ist die Nachricht zugegangen, daß der am 30. v. M. in der Nähe von Smyrna von türkischen Räubern gefangene britische Kapitän Marriot freigelassen worden ist.

• London, 5. Nov. In England ist man ziemlich allgemein der Ansicht, daß die Wahl Mac Kinley's, trotz der schätzvollen Bestrebungen des Siegers, von günstiger Wirkung auf das Geschäftsleben sein wird, wenigstens vorüberhand, da man suchen wird, während der nächsten Monate bis zum Regierungsantritt Kinley's im März und vielleicht auch noch später möglichst große Warenmengen nach den Vereinigten Staaten zu schaffen. Dies trifft insbesondere für das Geschäft in Wolle und andere Rohstoffe zu, aber auch für das Zuckergewerbe, da man mit einer gewissen Bestimmtheit eine Erhöhung des amerikanischen Zolles auf raffinierten Zucker erwartet, wovon bedeutende Mengen für Dezember und Januar aufgefauft werden dürften. In den Kreisen der Schiffveredler ist man mit der Lage insofern nicht zufrieden, als die Frachtverträge bis März schon vor der Präsidentswahl abgeschlossen waren, so daß der jetzige Aufschwung nach dieser Richtung nicht zu verspüren sein wird. (Straßb. Post.)

Dänemark.

• Petersberg, 5. Nov. Dem Vernehmen nach geht dieser Tage dem Reichsrat ein in einigen Punkten abgeänderter Gesetzentwurf betr. die Valutareform zu.

Balkanhalbinsel.

• Konstantinopel, 5. Nov. Die „Pol. Kor.“ meldet: Sehr maßgebende Kreise im Jüdisch-Kloster hätten erklärt, daß etwaigen europäischen Absichten, die Verwaltung der Dette Publique in ein Organ für die Kontrolle der türkischen Finanzen zu verwandeln, unter keiner Bedingung nachgegeben werden könnte, da dies den energischen Widerstand des ganzen türkischen Volkes ansetzen würde, dem man im Jüdisch-Kloster entgegenzutreten könnte. Der Eintritt eines russischen Delegierten in den Konseil der Dette Publique sei das einzig mögliche Zugeständnis.

• Athen, 5. Nov. Die außerordentliche Tagung der Deputiertenkammer ist heute eröffnet worden.

Baden und Nachbarländer.

• Karlsruhe, 6. Nov. In den Gerüchten über die Mission Jagemann in Sachen der Ernennung eines Erzbischofs bemerkt die von Herrn Wacker als sein Organ anerkannte „Offenburger Ztg.“: „Dem Domkapitel sind verantwortungsvolle Pflichten auferlegt, aber auch wichtige Rechte. Diese Rechte können ihm ohne seine eigene Zustimmung weder genommen noch geschmälert werden, auch nicht von Rom.“ Das Mannheimer Centrumorgan erklärt diese Auslassung für „zutreffend“. Wacker gegen Rom, das kann ja noch interessant werden! Da wird eventuell Rom, d. h. der Papst, schließlich ebenso kapitulieren müssen, wie der neuerdings von dem Führer unseres Centrums so kategorisch „in seine Schranken zurückgewiesene“ (s. Spoloverini) Freisinn.

• Vom Neckartal, 5. Nov. Gestern wurde die neue kleine, aber schöne ev. Kirche in Friedrichsdorf eingeweiht. Ein Sonderzug brachte die Festgäste von Eberbach nach Kailbach, unter ihnen die Mitglieder des ev. Kirchenchores, welche die Feier durch ihre sehr gut vorgetragenen Gesänge verherrlichen halfen, wie auch die ev. Gemeinde Eberbach zur Errichtung des ev. Kirchleins schon nennenswerte Stiftungen gemacht hatte: Glocken, Abendmahlsgefäße und Altardecke. Nach einer kurzen Abschiedsfeier vor dem alten gottesdienstlichen Lokal im Schulhaus zu Friedrichsdorf zog man durch den bekränzten und besagten Ort zur Kirche. An

